



Ausschuss für Kultur und Medien

30. Sitzung (öffentlich)

25. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Öffentlich-rechtliches Telemedienangebot für Beitragszahlerinnen und Beitragszahler verbessern (Abschaffung der 7-Tage-Frist) 5

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4809

Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4902

APr 16/609 (Sachverständigengespräch)

Der Ausschuss nimmt den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/4809** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP an.

Der Ausschuss lehnt den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4902** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten ab.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015); kulturpolitisch und medienpolitisch relevante Kapitel der Einzelpläne 02, 07 und 09

9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 16/6500 und 16/6710 (Ergänzung)
Vorlage 16/2182 (Erläuterungsband Einzelplan 02)
Vorlagen 16/2174 und 16/2184 (Erläuterungsband Einzelplan 07)
Vorlage 16/2168 (Erläuterungsband Einzelplan 09)

Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr bietet - da der zuständige Ministeriumsvertreter wegen Krankheit nicht anwesend sein kann - an, Fragen zum Bereich der Denkmalpflege schriftlich zu beantworten.

Dr. Angelica Schwall-Düren (Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien) kündigt an, dass sie über die aktuell stattfindenden Gespräche - dabei geht es um die Kürzung der bisher vom WDR freiwillig zugesagten Mittel um 3,1 Millionen € - zwischen der Film- und Medienstiftung und ihren Gesellschaftern im Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt berichten wird.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren sagt zu, die Antwort auf die Frage nachzuliefern, warum es bei dem Mediengründerzentrum NRW einen Rückgang der Fördermittel gibt.

Ministerin Ute Schäfer (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport) will dem Ausschuss in dessen nächster Sitzung - nachdem sich das Kabinett mit dieser Frage beschäftigt hat - über die beabsichtigte Neukonzeption des JeKi-Projekts berichten.

3 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein- Westfalen (Kulturförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen)

24

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6637

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, am 23. Oktober 2014 eine öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Kulturförderungsgesetzes Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Es gibt eine gemeinsame Liste der

Anzuhörenden. Weitere Sachverständige sollen von den Fraktionen nach dem Schlüssel 2:2:1:1:1 benannt werden.

4 Nordrhein-Westfalens analoges und digitales Kulturerbe gemeinsam bewahren! - Status quo ermitteln, Zukunftsvision entwickeln, Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen bündeln **25**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5027
APr 16/628

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten abgelehnt.

5 Situation des Kunsthandels in Nordrhein-Westfalen und Stand der Beratungen von Bund und Ländern zur Besteuerung **28**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2218

Der Ausschuss diskutiert über den Bericht der Landesregierung. - Ministerin Schäfer erklärt, dass nunmehr ein Entwurf des Bundesfinanzministers bezüglich einer Regelung, die für die gesamte Bundesrepublik gelte, vorliegt. Sie geht davon aus, dass die Finanzminister des Bundes und der Länder in Kürze darüber diskutieren werden.

6 Sachstandsbericht zu TTIP **30**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2226

Der Ausschuss diskutiert über den Bericht der Landesregierung.

7 Auswirkung der Haushaltssperre auf die Kulturförderung 32Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2225

Der Ausschuss diskutiert über den Bericht der Landesregierung.

8 Etikettenschwindel „Digitale Agenda“: Die Bundesregierung ist noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen! 33Antrag der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/6678

Der Ausschuss diskutiert über den Antrag der Piraten. Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema - bevor es zu einem weiteren Beratungsgang kommt - noch einmal in der Obleuterunde aufzurufen, um zu klären, wie mit diesem Antrag umgegangen werden soll,

9 Verschiedenes 35

Der Vorsitzende weist auf die Vorlage 16/2219 hin, in der es um die Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk geht.

* * *

4 Nordrhein-Westfalens analoges und digitales Kulturerbe gemeinsam bewahren! - Status quo ermitteln, Zukunftsvision entwickeln, Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen bündeln

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5027
APr 16/628

Vorsitzender Karl Schultheis teilt mit, dass der Antrag der Piraten vom Plenum am 20. Februar 2014 zur alleinigen Beratung an diesen Ausschuss überwiesen worden sei. Der erste Beratungsdurchgang habe am 20. März 2014 stattgefunden. Ein Expertengespräch sei am 28. August 2014 von diesem Ausschuss durchgeführt worden. Für heute sei die Auswertung dieses Expertengesprächs sowie die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen.

Lukas Lamla (PIRATEN) stellt fest, dass die Experten während der Anhörung den Antrag der Piraten ausdrücklich gelobt hätten. Gleichzeitig seien die in dem Antrag enthaltenen Forderungen vielfach bestätigt worden. Zwar sei festgestellt worden, dass der Landtag NRW das Urheberrecht nicht ändern könne; dennoch könnten vonseiten des Landes Signale an den Bund gegeben werden.

Wenn es um die Bewahrung von Kulturgütern gehe, müsse zwangsläufig immer über Finanzen gesprochen werden. Das sei zwar teuer, aber sehr wichtig. In den Bereichen, wo das Land NRW bereits tätig sei, werde gute Arbeit verrichtet. Nordrhein-Westfalen liege im Ländervergleich im oberen Bereich. Ein Experte habe aber auch festgestellt, dass es gut wäre, diesen Bereich auch einmal mit einem Weitwinkelobjektiv zu betrachten. Dann werde festgestellt werden müssen, dass die bisher geleistete partielle Arbeit nicht ausreiche. Deshalb müsse das Parlament in Zukunft tätig werden. Es gehe hierbei vor allem auch - das sei relativ neu - um ausschließlich digitale Kulturgüter. Auf diesem Gebiet gebe es bei allen Nachholbedarf. Von daher wäre es gut, wenn die eine oder andere Forderung aus dem Antrag seiner Fraktion übernommen werden würde. Es gebe zwar eine „Landesinitiative Substanzerhalt“, die müsse aber auch über 2015 hinaus weitergeführt bzw. gesichert werden. Auch gebe es das Digitale Archiv NRW, jedoch müsse auch dieses verstetigt und ausgebaut werden.

Es sei ein gutes Signal, wenn Landtag bzw. Landesregierung den „Berliner Appell zum Erhalt des digitalen Kulturerbes“ unterzeichnen würden. Das koste nichts. Es wäre aber ein Zeichen, dass man sich auch in NRW der zukünftigen Probleme bewusst und bereit sei, auf diesem Gebiet zu handeln. - Er sei gerne bereit, bei einem oder anderen Punkt Abstriche zu machen bzw. ihn komplett wegzulassen, wenn dabei am Ende ein gemeinsamer Antrag herauskomme.

Ingola Schmitz (FDP) erklärt, der Antrag der Piraten beinhalte viele richtige und auch kulturpolitisch wünschenswerte Punkte. Das werde durch die Stellungnahmen dazu bewiesen. Allerdings gebe es auch Probleme in Bezug auf diesen Antrag. In

diesem doch eher abstrakten Antrag würden keine konkreten politischen Maßnahmen vorgeschlagen. In der Anhörung sei zum Beispiel festgestellt worden, dass die Benennung der notwendigen Strukturen im Antrag offen geblieben sei. Auch fehle die finanzielle Unterlegung der Forderungen.

Die FDP würde sich viele Dinge wünsche, sie sehe aber auch die desolate finanzielle Lage in der Kulturförderung. Vor diesem Hintergrund müsse man auch realistisch bleiben. Die geforderten erheblichen Mittel bzw. personellen Ressourcen seien nicht realistisch. Von daher handele es sich bei den Forderungen um Symbolpolitik. Deshalb müsse die FDP den Antrag der Piraten leider ablehnen.

Lothar Hegemann (CDU) meint, es sei wünschenswert, wenn es überall digitale Standards gebe, wie analoge Werte zu sichern seien. Wenn jedoch vorgeschlagen werde, dass alles digitalisiert werden müsse, werde dadurch der Rahmen gesprengt. Denn es werde erstens auf diesem Gebiet sowieso viel gemacht, und zweitens habe es bereits schon früher andere Formen der Sicherung gegeben. Zum Beispiel müsse vieles, was auf Mikrofilm festgehalten worden sei - das sei früher nur optisch zugänglich gewesen -, wieder digitalisiert werden. Er könne nicht verstehen, dass das, was digital bereits vorhanden sei, noch einmal digitalisiert werden solle.

Der Antrag der Piraten gehe in zwei Richtungen: Einmal sehe er - das sei in Ordnung - vor, analoge Dinge zu digitalisieren. Zweitens sollten die digitalisierten Werke zugänglich gemacht werden. Er habe damit ein wenig Probleme, wenn es um die Frage gehe, was es für ein Museum, für Museumspädagogik bzw. Veranstaltungen bedeute, wenn den Menschen gesagt werde, dass sie jedes Werk, das sich irgendwo in einem staatlichen Museum befinde, abrufen und ansehen könnten. Er glaube, dass der museumspädagogische Auftrag auf diese Weise nicht erfüllt werden könne.

Da der Antrag in die genannten zwei Richtungen gehe, könne seine Fraktion nicht nachvollziehen, was die Piraten wollten. Wenn es um Sicherung gehe, bestehe Einverständnis. Das Zweite sei nicht in Ordnung, deshalb werde die CDU den Antrag ablehnen.

René Schneider (SPD) stellt fest, dass der eine oder andere Experte in der Anhörung deutlich gemacht habe, dass er - bis auf kleine Ausnahmen - mit dem Archivgesetz gut klarkomme, jedoch nicht so richtig mit dem Antrag der Piraten. Das liege daran, dass vieles in diesem Antrag Selbstverständlichkeiten betreffe, die auch schon berücksichtigt würden. Der im Antrag geforderte Rahmenplan sei im Übrigen von den Experten auch nicht so hochgelobt worden, wie vonseiten der Piraten gerade dargestellt worden sei. Ein Rahmen sei immer starr. Es zeige sich aber, dass gerade in diesem Bereich nicht starr vorgegangen werden könne. In ihm gebe es eine ständige Entwicklung. Von daher sei ein Rahmenplan nicht praktikabel.

Den Berliner Appell könne man unterschreiben, jedoch bringe das niemanden weiter. Zwei Dinge jedoch würden die Angelegenheit voranbringen:

Erstens gehe es um das Archivgesetz. Im Rahmen der Anhörung sei es auch um den § 4 dieses Gesetzes gegangen. Dazu festgestellt worden, dass man ihn gerne

ändern würde, wenn das Datenschutzgesetz schon soweit wäre. Dieses Gesetz befinde sich aber schon auf der Tagesordnung. Im Datenschutzgesetz müssten die nötigen Änderungen vorgenommen werden, um dann gegebenenfalls noch einmal § 4 Archivgesetz anzugehen; das sei nicht unwichtig im Hinblick auf die Frage, was für die Nachwelt erhalten werden könne.

Zweitens gehe es um Geld. Die Ministerin habe bei der Einbringung des Haushaltes gesagt, dass es zusätzliches Geld für das Digitale Archiv geben solle. Er hoffe, dass man da bei den kommenden Haushaltsberatungen zum Zuge kommen werde. Deswegen lehne seine Fraktion den Antrag der Piraten in Gänze ab. Sie empfehle, in der von ihm gerader genannten Richtung weiterzugehen und Feinjustierungen vorzunehmen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten abgelehnt.

